

Geheimdienste

Sicherer Untergang

Mit seinen Enthüllungen könnte der einstige Devisenhändler Schalck-Golodkowski die SED-Regierung zum Einsturz bringen.

Selbst dem SED-Blatt *Berliner Zeitung (BZ)* kam die Sache komisch vor. Man müßte „die Generalstaatsanwaltschaft der DDR fragen“, kommentierte die *Ost-BZ* die Freilassung des Ex-Genossen Alexander Schalck-Golodkowski durch die West-Berliner Justiz, ob sie wirklich alles getan habe, den per Haftbefehl weltweit gesuchten Devisenbeschaffer des Honecker-Regimes in die Hände zu bekommen.

Die Zweifel der SED-Journalisten sind berechtigt. Zwar bekundete der letzte Woche abgelöste stellvertretende Generalstaatsanwalt Harry Harrland öffentlich sein „Befremden“ über die West-Kollegen. Aber damit erschöpfte sich sein Tatendrang.

Die Laschheit der Ost-Justiz hat gute Gründe: Eine Zulieferung des Alexander Schalck-Golodkowski, 57, könnte leicht die ohnehin marode Deutsche Demokratische Republik zum Einsturz bringen. Denn besser als jeder andere Funktionär der alten SED ist der langjährige Intimus des einstigen Politbürokraten Günter Mittag mit den kriminellen Praktiken des SED-Staates vertraut.

Über Schalcks Ressort „Kommerzielle Koordinierung“ lief nicht nur der umfangreiche Ost-West-Schmuggel mit Alkohol und Zigaretten, der Millionen Valutamark in die DDR-Kassen brachte. Der Devisenbetreiber schmierte mit Geldern aus teils unsauberen West-Geschäften nicht nur die festgefressene DDR-Industrie und das Wohl-Leben der oberen Hundert der ostdeutschen Gesellschaft.

Schalck war auch im Auftrag der Stasi bei den weltweiten Waffengeschäften der Honecker-Regierung dabei: Im Golfkrieg zum Beispiel transportierten beide Kontrahenten, Iran und Irak, ihre Soldaten mit DDR-Lastwagen an die Front und in den Tod.

Ostdeutsche Insider behaupten, daß Schalck weitere Geschäfte betrieb, die das ganze Ausmaß kommunistischer Doppelmoral zeigen: Danach hat Ost-Berlin Kriegsgüter an das reaktionäre Regime des chilenischen Diktators Augusto Pinochet und an die südafrikanischen Rassisten geliefert.

In dem Haftbefehl, mit dem die ostdeutschen Ermittler ihren Schalck nach dessen Abtauchen international zur

Fahndung ausschrieben, schrumpft das „Verbrechen“ (Haftbefehl) des Alexander Schalck auf eine mickrige Beschuldigung:

Der Bürger Dr. Alexander Schalck-Golodkowski ... wird beschuldigt, Untreue zum Nachteil sozialistischen Eigentums im schweren Fall begangen zu haben, indem er als Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Jahre 1980 anwies, daß für Günter Mittag und dessen beide Töchter je ein Haus auf Kosten des Ministeriums für Außenhandel gebaut wurde, wobei er erhebliche Valutamittel des Staates einsetzen ließ. 1977 nahm er Einfluß, daß der volkseigene Betrieb Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Neubrandenburg Erschließungsarbeiten für sein Wochenendhaus in Gollin für ca. 206 000,- Mark leistete

sammen: Jahrelang haben die Agitatoren der SED das Volk mit Kampagnen gegen Südafrika und Chile zur Solidarität mit der Dritten Welt gepusht.

Die Auswirkungen der Enthüllungen auf eine Gesellschaft, in der ohnehin der Hang zur Selbstaufgabe wächst, wären unkalkulierbar.

Der Trick mit dem Haftbefehl ließ dem West-Berliner Generalstaatsanwalt Dietrich Schultz kaum eine Möglichkeit, den Untersuchungshäftling Schalck nach Osten zuzuliefern. Denn für eine solche Zulieferung hat das Bundesverfassungsgericht schon 1974 hohe rechtliche Barrieren aufgestellt.

Voraussetzung einer Zulieferung, so die Karlsruher Richter damals, sei „nicht nur, daß der Betroffene vor einen unab-



Geschäftspartner Strauß, Schalck*: Reden im Untergrund

und ihm diese Leistungen nicht in Rechnung stelle.

Ob diese Bagatellen „in einer Schadenshöhe von 3,6 Millionen Mark wirklich der einzige Verdacht gegen Schalck waren“, fragte die *BZ* vorletzte Woche verblüfft. „Immerhin: Es geht hier um einen Mann, der mit Milliarden hantierte“ – etwa beim Bonner Großkredit an die DDR, den Schalck 1983 mit Franz Josef Strauß auskugelte.

Kein DDR-Gericht könnte es sich – angesichts der explosiven Lage im Ost-Land – leisten, die wahren Aktivitäten des SED-Managers einfach auszuklammern, ohne einen DDR-weiten Aufstand zu riskieren. Käme in einem Schalck-Prozeß das ganze Ausmaß der Machenschaften ans Licht, bräche für Millionen ostdeutscher Bürger der letzte Rest ihrer realsozialistischen Welt zu-

hängigen Richter gestellt wird, in einem fair geführten Verfahren rechtliches Gehör findet und sich sachlich verteidigen“ könne, sondern auch, „daß das Verfahren nach Ziel und Zweck den Erfordernissen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit Rechnung“ trage.

Diese Prinzipien sind in der DDR nach Ansicht westdeutscher Juristen bislang keineswegs gegeben.

Den letzten Anstoß lieferte der Flüchtling, der sich in West-Berlin am 6. Dezember freiwillig gestellt hatte, mit einem delikaten Geständnis: Er sei, so enthüllte Schalck in der Schlußanhörung, nebenbei auch noch Stasi-Oberst gewesen – bei den Diensten im Westen seit langem ein offenes Geheimnis.

Es gebe, verkündete Schultz daraufhin öffentlich, „unausräumbare Zweifel“ daran, daß die DDR Schalck bei einer Zulieferung nicht auch wegen Landesverrats belangen werde.

* Im März 1984 in Leipzig.

Der Regierung des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow und vor allem dessen Partei SED-PDS können die Schutz-Skrupel nur recht sein: Für die SED wären Schalcks Enthüllungen mitten im Wahlkampf der sichere Untergang.

Daß ihr ehemaliger Devisen-Finanzier im Westen laut redet, müssen sie dagegen nicht fürchten. Zum einen ist öffentliches Schweigen, womöglich abgesichert mit indiskreten Aufzeichnungen in einem Banktresor, Schalcks beste Überlebensgarantie vor den Nachstellungen seiner früheren Arbeitgeber. Zum anderen muß der ehemalige DDR-Außenhändler fürchten, beim Plaudern über seine Vergangenheit rasch das Interesse der westdeutschen Justiz an seinen eigenen Machenschaften zu wecken.

Reden mag Schalck-Golodkowski vorerst nur im Untergrund. Viele Dienste, sagte Generalstaatsanwalt Schultz nach der Freisetzung des Ex-Funktionärs, seien an Schalck interessiert.

Nicht die westdeutschen Schnüffler von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz haben das Rennen gemacht, so scheint es, sondern die Alliierten.

SED/DKP

Was Feines

Nun ermittelt auch das Bundeskriminalamt bundesweit gegen Mitglieder einer geheimen „Militärischen Organisation“ der deutschen Kommunisten.

Auf der Kreismitgliederversammlung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Kasseler Olof-Palme-Haus ging es hoch her. Die Genossen stritten über einen SPIEGEL-Bericht (1/1990), in dem der Aufbau einer geheimen „Militärischen Organisation“ (MO) von SED und DKP beschrieben worden war.

Den heftigen Disput beendete Jürgen Stumpf, IG-Metall-Mitglied und Betriebsrat im VW-Werk Kassel, mit einer „detaillierten Schilderung“ über ein geheimes Anwerbungsgespräch, das SED-Funktionäre 1985 in Ost-Berliner konspirativen Wohnungen mit ihm geführt hätten. Stumpf: „Es gab die strenge Anweisung, mit niemandem darüber zu reden und keine Notizen zu machen.“

Stumpf, 35, der die DKP unlängst verlassen hat, wurde zwar nicht für die MO rekrutiert, die in der Bundesrepublik Entführungen und Terrorakte ausführen sollte. Sein Bericht aber „erregte große Betroffenheit bei den Genossen“, so ein Versammlungsteilnehmer, einige traten spontan aus der DKP aus.



DDR-Verteidigungsminister Hoffmann
Geheimster Geheimdienst

In der desolaten Partei ist seit der Enthüllung der militärischen Ausbildung von DKP-Mitgliedern, die in einem Camp am Springsee südwestlich von Frankfurt/Oder an Sprengstoffen und Waffen aller Art gedreht wurden, „der Bär los“, so ein Hamburger Kommunist. Während Parteioberer mit immer neuen Verrenkungen die Existenz der illegalen Partisanentruppe bestreiten, vertrauen sich mehr und mehr Parteisoldaten ihren Genossen an: „Ich war dabei.“

So ist etwa der ehemalige DKP-Kreisvorsitzende in Kassel, Burghardt Hollstein, „zu einem Kadergespräch über militärische Fragen nach Berlin gereist“, wurde aber nicht rekrutiert. Der langjährige DKP-Funktionär Steffen Lehndorf, bis vor kurzem Parteivorsitzender in Köln, hatte schon früher von „verdichteten Gerüchten“ erfahren, nach denen es für ausgewählte Genossen „Schießübungen in der DDR gab“. Ein ehemaliger Parteifreund berichtete ihm jetzt, er habe von der MO gewußt und kenne die Details.

Viel Stoff über die geheime Truppe sammelt sich auch bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft. Dort packte zur Jahreswende einer von mehreren SPIEGEL-Informanten (Deckname: Lothar Oertel) aus, den das DKP-Parteiblatt *Unsere Zeit (UZ)* als den langjährigen DKP-Funktionär Willi Herrmann erkannt haben will. „Bisher haben sich wesentliche Teile der Aussagen“, so Behördensprecher Jochen Schroers, „als richtig herausgestellt, aber wir sind noch weiter beim Abklären.“

Dabei hilft den Juristen, die „mit Voll-dampf“ wegen „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken“ (Höchststrafe: fünf

Jahre Haft) ermitteln, seit vergangener Woche das Bundeskriminalamt (BKA). Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft wurde die BKA-Abteilung Staatsschutz in Meckenheim mit bundesweiten Nachforschungen beauftragt. Oertel, der Anfang des Monats maschiert in der TV-Talkshow „III nach 9“ Rede und Antwort stand, hat den Ermittlern weitere Namen von MO-Mitkämpfern genannt.

Auch beim hessischen Verfassungsschutz haben sich Erkenntnisse über die kommunistischen Paramilitärs „ernsthaft verdichtet“. Dennoch ist zwischen verschiedenen Verfassungsschutzämtern eine Kontroverse entlammt, die von Insidern als „Krieg der Dienste um die MO“ beschrieben wird.

Im Kölner Bundesamt wissen Beamte, daß der hessische Verfassungsschutzchef Günther Scheicher den Präsidenten der Oberbehörde, Gerhard Boeden, schon aufgefordert hat, „merkwürdige Dementis“ zu unterlassen. Boedens Amt hatte sich in einer vorschnellen Reaktion auf die Enthüllungen darauf versteift, die Schilderungen über die Militärorganisation seien wenig wahrscheinlich. Gegenbeweise aber haben die Kölner Verfassungsschützer bisher nicht präsentiert.

Mehrere Dienststellen sind nun damit befaßt, über die zum Teil registrierten Reisen von DKP-Funktionären in die DDR weitere MO-Mitglieder aufzuspüren. Scheicher gibt den Untergrundpartisanen einen Rat: „Die sollen sich offenbaren, bevor die Behörden vor der Tür stehen – dann ist es zu spät.“

Auch die neue SED-PDS-Führung in Ost-Berlin forscht dem MO-Ursprung nach. Parteichef Gregor Gysi ließ die Unterlagen im einstigen SED-Zentralkomitee nach einer schriftlichen Vereinbarung zur Gründung der Geheimtruppe durchforsten. Einen heißen Tip erhielt er von den eigenen Genossen.

Der Aufbau der MO, so der Hinweis an Gysi, gehe auf eine mündliche Absprache zwischen dem damaligen SED-Generalsekretär Walter Ulbricht und dem Anführer der verbotenen westdeutschen KPD, Max Reimann, zurück. Später hätten SED-Chef Erich Honecker und der DKP-Vorsitzende Herbert Mies den konspirativen Pakt erneuert.

Ausbildung und Führung der MO, erfuhr Gysi weiter, seien dem Ost-Berliner Ministerium für Nationale Verteidigung übertragen worden. Dort habe die „Verwaltung Aufklärung“ den Aufbau der Militärorganisation mit Mitgliedern der DKP betrieben: